

Haushaltsrede Bürgermeister der Stadt Bad Laasphe, Dirk Terlinden

SPERRFRIST 20.12.2021, 18.30 Uhr

E s g i l t d a s g e s p o c h e n e W o r t !

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

sehr geehrte Damen und Herren der Presse,

dem Rat liegt heute der Verwaltungsentwurf für den Haushaltsplan 2022 zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung vor.

In den letzten Wochen haben alle Ratsfraktionen die Gelegenheit genutzt, gemeinsam mit der Verwaltung bilaterale Haushaltsgespräche zu führen und dies zur Vorbereitung für die heutige Beratung genutzt. Ziel dieser Gespräche war es, neben dem Informationsaustausch, dass der Etatentwurf für 2022, der die Geschäftsgrundlage für das nächste Jahr bildet, von einer möglichst breiten politischen Ratsmehrheit getragen und heute beschlossen wird.

Gleichzeitig haben wir uns erneut verständigt, dass die Fraktionsvorsitzenden – mit Rücksicht auf die Dauer der Ratssitzung darauf verzichten, ihre Haushaltsreden hier vorzutragen.

Im ersten Jahr nach dem 10-jährigen Haushaltssicherungszeitraum konnte für Bad Laasphe erneut ein ausgeglichener Etat aufgestellt werden. Ein Erfolg der Sparanstrengungen aus der Vergangenheit und der zulässigen Isolation der pandemiebedingten Mehraufwände bzw. Mindererträge.

Gewerbe- und Grundsteuer stellen dabei weiterhin wichtige Ertragspositionen dar, um eine Stadt mit knapp 14.000 Bürgerinnen und Bürger mit der notwendigen kommunalen Infrastruktur zu versorgen.

Weder im nächsten Jahr, noch in den 3 Jahren der mittelfristigen Finanzplanung von 2023 bis 2025 sind Steuererhöhungen vorgesehen. Das ist keine Selbstverständlichkeit und in diesen besonderen Zeiten ein gutes Signal aus dem Rathaus.

Ob und wann Spielräume für Steuersenkungen, die dauerhaft wirken bei uns entstehen, muss unter dieser Prämisse zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch offen bleiben. Dennoch habe ich bezogen auf Bad Laasphe die feste Absicht, die

Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen vorzusehen, sobald dies möglich wird.

Der Städte- und Gemeindebund stellte in diesem November zur aktuellen Steuerschätzung fest: „Die Zahlen der jüngsten Steuerschätzung fallen deutlich besser aus als im Mai. Demnach werden die Kommunen in den kommenden drei Jahren bundesweit 9,3 Mrd. € weniger einnehmen als vor der Pandemie.“

Neben der viel zitierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Lage in Südwestfalen bzw. in Bad Laasphe ist festzustellen, dass neben den klassischen Unternehmen insbesondere Windkraftanlagen bereits einen konjunkturunabhängigen und stabilen Beitrag bei der Gewerbesteuer in relevanter Höhe leisten. Hier könnte mit Blick auf die zu erwartende Zunahme der Anlagenstandorte im Stadtgebiet in den nächsten Jahren ein erhebliches Ertragspotential liegen.

Auf der Aufwandsseite stellt die Höhe der Kreisumlage weiterhin eine erhebliche Belastung dar, wenn ca. 1/3 der Erträge – also mehr als 11 Mio. € - oder anders ausgedrückt die Einnahmen aus Grundsteuer und Gewerbesteuer – 1:1 zzgl. Anteilen an der Umsatzsteuer in das Kreishaus abfließen. Jeglicher Anstieg der Kreisumlage reduziert unseren notwendigen kommunalen Handlungsspielraum und führt mittelfristig wieder zu einem unausgeglichenen Haushalt und den damit verbundenen Folgen. Dies muss zukünftig auf jeden Fall auf Kreisseite vermieden werden.

Deshalb bin ich sehr froh, dass der Kreistag vergangenen Freitag entgegen des Vorschlags der Kreisverwaltung zumindest das ursprünglich angedachte Hebesatzniveau der allgemeinen Kreisumlage nicht wie vorgeschlagen erhöht. Mein Dank gilt hier, neben der Geschlossenheit innerhalb der Bürgermeisterkonferenz, insbesondere den beiden großen Kreistagsfraktionen, die sich in diesem Punkt finanzpolitisch den existentiellen Belangen des kreisangehörigen Raumes angenommen haben. Leider war auf Ebene der Kreispolitik die Einschätzung und Forderung aus der Bürgermeisterkonferenz, den Hebesatz um 1,6 Punkte auf 33 Prozentpunkte zu senken, nicht durchsetzbar. Stattdessen nimmt der Kreis mit der beschlossenen Hebesatzerhöhung von 0,2 Prozentpunkten den Kommunen im nächsten Jahr immer noch ca. 1 Mio. mehr ab, als im Vorjahreszeitraum. Zu den Details wird Herr Zode gleich noch ausführen.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf für das nächste Jahr orientiert sich zunächst an dem, was unter den weiterhin angespannten Rahmenbedingungen realistisch darstellbar und mit dem vorhandenen Personal umsetzbar ist. Auf den zweiten Blick bietet der Etat wichtige Ansätze für eine zukunftsorientierte und vermehrt gestaltende Haushaltspolitik.

Denn das Jahr 2022 muss als Jahr **der** wichtigen Entscheidungen nach dem Verlassen der Haushaltssicherung verstanden werden, um die Stellschrauben in einigen Bereichen so auszurichten, dass Bad Laasphe langfristig wieder profitiert. Die Erkenntnis, dass in der Vergangenheit Dinge versäumt, objektiv finanziell – der

Not gehorchend – nicht umsetzbar oder schlichtweg nicht mehrheitsfähig waren, ist beklagenswert, aber wenig zielführend. Wir alle sind zum Wohle der Stadt angetreten und müssen wieder die Chancen in den Blick unseres Handelns nehmen.

Denn die Chancen in den nächsten Jahren wieder mehr aktiv gestalten zu können, müssen wir alle - Rat und Verwaltung gemeinsam mit der Bürgerschaft - ergreifen.

Der Haushalt für 2022 kann Teil dieser Gesamtverantwortung sein und bildet mit einem Gesamtvolumen von 35 Mio. € die Grundlage für notwendige Beschlüsse.

Ab 2022 kann und muss endlich wieder in kommunale Straßen investiert werden. Ausbau und Unterhaltung sind wichtige Bausteine, damit dem eingetretenen Vermögensverzehr noch rechtzeitig entgegengewirkt wird. Insofern verweise ich auf die umfangreichen Ausführungen der Verwaltung in der Sondersitzung des Umwelt-, Bau- und Denkmalausschusses von vor 4 Wochen.

Die veranschlagten und der Höhe nach nicht mehr erforderlichen Mittel für die Allgemeine Kreisumlage [220.000 €] sollen deshalb auf Vorschlag der Verwaltung nicht eingespart werden, sondern das Budget der Straßenunterhaltung deutlich verstärken. Das Geld der Bürgerinnen und Bürger soll den Investitionsstau abbauen und vor Ort unmittelbar für die kommunale Infrastruktur eingesetzt werden.

Für den Bereich der Freiwilligen Feuerwehr sind auch in diesem Jahr wieder Investitionen für die Ersatzbeschaffung von Einsatzfahrzeugen als auch Planungsmittel für den Standort des LZ I in Laasphe eingeplant. Zusätzlich hat die Verwaltung noch in 2021 die Kommunalagentur mit der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes sowie der Aufstellung eines stadtweiten Löschwasserversorgungskonzeptes beauftragt.

Sobald diese beiden wichtigen Grundlagen erstellt und in die politische Beratung gelangen wird deutlich, an welchen Stellen Handlungsbedarf besteht, um die Öffentliche Sicherheit in unserer Stadt dauerhaft aufrecht zu erhalten.

Zusätzlich sind erhebliche Mittel für den aktuell dringend benötigten Bau von Löschwasserzisternen veranschlagt. Diese Investitionen dienen dem Zweck, die gesetzlich verankerte Grundversorgung mit ausreichend Löschwasser zu erfüllen, gleichzeitig werden die Voraussetzungen für baurechtliche Genehmigungsverfahren geschaffen. Davon profitieren Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Stadt.

Stadtentwicklung ist ein permanenter und dynamischer Prozess, den es professionell zu begleiten gilt und strategischer Festlegungen bedarf. Jede Maßnahme in der Bauleitplanung – egal ob Aufstellung von Bebauungsplänen oder Flächenausweisungen im Flächennutzungsplan - leistet hierzu einen wichtigen Zielbeitrag.

Beispielhaft möchte ich die Quartiersentwicklung der Altstadt zu einem attraktiven Wohnquartier verknüpft mit dem daraus resultierenden Anpassungsbedarf an Gestaltung und Funktionsqualität im öffentlichen Raum sowie der geltenden

Altstadtsatzung ansprechen. Dieser prozesshafte Weg benötigt eine dauerhafte und professionelle Struktur im Rathaus. Mit dem Beschluss zur Einrichtung einer Planstelle im Bereich der Stadtplanung konnte heute ein wichtiger politischer Akzent gesetzt werden, damit der Startschuss für die städtebauliche Quartiersentwicklung in unserer Stadt endlich fallen kann.

Unter dem Arbeitstitel „Bike-Park“ geht es ausdrücklich nicht um einen großen Abenteuerspielplatz. Wenn es gelingt, das bürgerschaftliche Engagement und die Interessen der Stadt geschickt zu verknüpfen, kann eine positive Dynamik für Freizeit, Gastronomie, Handel und Tourismus ausgelöst werden, die seit dem Niedergang der „Weißen Industrie“ ausgeblieben ist. Auch das wäre ein wichtiger Beitrag zur Stadtentwicklung.

Wenn wir es dann noch schaffen, die Herausforderung der Kalamität als Chance zu begreifen und den Strukturwandel im Naturraum Wald intelligent mit anderen Punkten strategisch so zu verknüpfen, dass es unterm Strich für die Allgemeinheit einen Zugewinn gibt, dann hätten wir einen weiteren Beitrag zum Wohl der Allgemeinheit geleistet. Der Wald der Zukunft als Mischwald, mit Formen der Erneuerbaren Energien und freie Sichtachsen für den Tourismus können Beispiele für eine solche nachhaltige Entwicklung im Sinne des Gemeinwohls sein.

Alle 10 Jahre kommt die staatliche Anerkennung unserer Stadt als „Kneipp-Heilbad“ auf den Prüfstein. Voraussichtlich in 2022 wird das Regierungspräsidium Arnsberg prüfen, ob die Anerkennungskriterien nach den gesetzlichen Regelungen des Kurortgesetzes in NRW weiterhin eingehalten sind. Andernfalls folgt eine bis zu 5-jährige Nachbesserungsfrist. Auch hier werden wir gemeinsam zu beraten haben, welcher Weg zu beschreiten ist, um die Erträge aus Kurortebeihilfe und Kurtaxe von mehr als 200 T€ auch weiterhin zu erhalten.

Auch für den Bereich Klimaschutz sind erstmals Haushaltspositionen geschaffen und Mittel in einer Größenordnung von 100 T€ veranschlagt worden. Zusätzlich ist noch in diesem Jahr der Auftrag zur Beschaffung eines elektrisch angetriebenen Dienstfahrzeuges erteilt worden.

Kommunale Investitionen finden nicht nur in Brückenbauwerke und Straßen, sondern insbesondere in die technische Ausstattung zur Digitalisierung der Schulen statt. Jeder Euro ist hier gut investiert. Auch 2022 geht der Digitalisierungsprozess weiter.

Aber auch vor bzw. im Rathaus macht die Digitalisierung nicht halt! Bundes- und landesgesetzliche Regelungen setzen den Rahmen, wie künftig Bürgerdienstleistungen digital erbracht werden sollen, ja müssen. Hierzu sind interne Prozessketten anzupassen und mögliche Medienbrüche zu vermeiden. Dies erfordert auch im Rathaus dauerhafte Personalressourcen, die mit dem fortgeschriebenen Stellenplan eingerichtet werden können. Nur so kann das Rathaus in eine digitale Zukunft überführt werden. Ausführlich wird hierzu seitens der Fachverwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Digitales und Stadtentwicklung berichtet.

Die Investitionsbereitschaft von privaten Investoren in Gewerbe und den Wohnungsbau ist nach wie vor vorhanden. Der Standort Bad Laasphe ist weiterhin nachgefragt. Hier gilt es auch in Zukunft ausreichende Flächen für unterschiedliche Nutzungen bereitzustellen. Insbesondere für den privaten Eigenheimbau ist der Bedarf noch nicht gedeckt. Hier besteht weiterhin Handlungsbedarf.

Lassen Sie uns den in dieser Legislaturperiode eingeschlagenen Weg für Bad Laasphe fortsetzen und mit dem heutigen Beschluss über den Haushalt für 2022 den notwendigen Finanzrahmen für viele kommunale Aufgaben und Projekte setzen.

Mein besonderer Dank gilt den Verantwortlichen in der Kämmerei, die den Haushalt aufgestellt, kurzfristig die notwendigen Anpassungen vorgenommen und den Fraktionen bei ihren Beratungen Rede und Antwort gestanden haben.

Ich bitte bevor wir in die weitere Beratung eintreten zunächst Herrn Zode aus Sicht des Kämmers zu den wesentlichen Eckpunkten des Haushaltes als auch der mittelfristigen Finanzplanung auszuführen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dirk Terlinden